

Im Lichte dieser drei Gründe sei die Planung der Zulassungen zu den Hochschulen neu zu überdenken.

Die von der Staatlichen Erziehungskommission verfügte Verringerung der Studienplätze steht zweifelsohne in Zusammenhang mit den jüngsten Studentenprotesten. Die Kommission will zwar den Anschein erwecken, daß allein sachliche Gründe für die Maßnahme sprechen, doch gibt sie indirekt zu, daß es ihr um die Behebung der "instabilen Lage" an den Hochschulen geht. Ob eine Senkung der Zulassungsquote allerdings das geeignete Mittel ist, die Lage an den Hochschulen zu stabilisieren, d.h. diese einer stärkeren Kontrolle zu unterwerfen, bleibt fraglich. Das weiß auch die Regierung, und so dürfte der Zweck der Maßnahme eher darin liegen, die Studienbewerber wie die Studenten insgesamt einzuschüchtern. -st-

---

## Außenwirtschaft

---

\* (26)

### Chinas Auslandsschulden wachsen

Am 4. August 1989 erklärte der stellvertretende Premierminister, Yao Yilin, daß die Volksrepublik entschlossen sei, ihre Auslandsschulden pünktlich zurückzuzahlen. Yao erklärte, daß der 8. Fünfjahresplan, der im Jahre 1991 beginnen würde, ein Element enthalte, das sich auf die Rückzahlung der Auslandsschulden beziehe. China würde seine Fähigkeit erweitern, Schulden durch wachsende Exporte zurückzuzahlen.

Solche und ähnliche Äußerungen hoher chinesischer Funktionäre haben wohl das Ziel, das Vertrauen der internationalen Finanzwelt hinsichtlich der Kreditwürdigkeit des Landes aufrechtzuerhalten.

Die chinesische Regierung ist im zunehmendem Maße über den deutlichen Anstieg der Auslandsverschuldung besorgt, will jedoch auch weiter in begrenzten Rahmen Kredite aus dem Westen aufnehmen. Die chinesische Auslandsschuld hat sich in den vergangenen vier Jahren um jährlich 38% erhöht und erreichte Ende März d.J. einen Höchststand von 42 Mrd. US\$.

Die Regierung werde alles daran setzen, um trotz der wirtschaftlichen Konsolidierungspolitik und eines Haushaltsdefizits ihrem Schuldendienst ordnungsgemäß und zeitgerecht nachzukommen. Nach Berechnungen des Ministeriums für Außenwirtschaft und Außenhandel wird Chinas Schuldendienststrategie 1992, dem Spitzenjahr der fälligen Rückzahlungen, zwischen 10 und 15% der Exporteinnahmen liegen.

Nach Angaben des stellvertretenden Direktors des Schuldendienst-Verwaltungsamtes im Finanzministerium wird China in den kommenden 10 Jahren allerdings eine "vorsichtige Verschuldungspolitik" verfolgen. China sei dabei, die Erfahrungen der vergangenen Jahre zu prüfen und auch die Lage in den hochverschuldeten lateinamerikanischen Ländern zu studieren. Eine striktere Kontrolle der Kreditaufnahme im Ausland ist bereits eingeführt worden.

Nach einer Studie einer westlichen Regierung, die der Hongkonger Zeitung *Asian Wallstreet Journal* zugänglich gemacht wurde, begannen die Finanzprobleme sich bereits vor dem 4. Juni 1989 aufzubauen. Gründe dafür waren ein sich erweiterndes Handelsbilanzdefizit, eine immer größere Inflationsrate sowie ernsthafte Knappheiten bei vielen Gütern. Das Defizit könnte Beijing dazu bewegen, einige Schulden zu refinanzieren und nicht die Devisenreserve des Landes für die Rückzahlungen in Anspruch zu nehmen.

Die Refinanzierung von Schulden könnte sich jedoch als schwierig erweisen, falls die gegenwärtige abwartende Haltung der internationalen Finanzinstitutionen sich in eine Weigerung verwandeln würde, weitere Kredite an die Volksrepublik zu vergeben. Obgleich die Kredite internationaler Institutionen, wie beispielsweise der Weltbank oder der Asiatischen Entwicklungsbank, nur einen relativ kleinen Teil der tatsächlichen Kredite Chinas ausmachen, so erscheint deren Bereitschaft, die Volksrepublik mit Krediten zu versorgen, jedoch als wichtiger Vertrauensbeweis - zumindest in den Augen der internationalen Handelsbanken. Eine Menge von Banken warten ab, wie Weltbank und Asiatische Entwicklungsbank sich entscheiden werden. Erst danach würden auch sie nachziehen, so hieß es in internationalen Bankkreisen. Ein größeres Handelsbilanzdefizit würde in den Augen

der Gläubiger der Volksrepublik als Bedrohung angesehen. Für das Jahr 1989 schätzt man das Handelsbilanzdefizit auf zwischen 9-12 Mrd. US\$.

Falls man die Devisenreserve, die für Ende April 1989 auf 19,1 Mrd. US\$ geschätzt wurde, nicht angreifen will, so werden weitere Auslandskredite erforderlich.

Bis zu der blutigen Militäraktion vom 4. Juni 1989 galt China den Banken als eine gute Adresse. Insbesondere japanische Banken boten günstige Konditionen. Ende Juni 1989 forderte der Vorsitzende der japanischen Bankiersvereinigung die japanischen Institute auf, bei der Kreditvergabe an die Volksrepublik Zurückhaltung zu üben und die Haltung der Weltbank aufmerksam zu verfolgen. "Niemand will den Chinesen als erster Geld leihen", erklärte dieser japanische Bankier in Beijing. Weil er befürchte, um neue Kredite angegangen zu werden, habe er auch keine Kontakte mehr zu seinen chinesischen Gesprächspartnern.

Das einflußreiche Japan Center International Finance hat das Credit Rating für die Volksrepublik auf "C" herabgesetzt, eine Kategorie, die für Länder reserviert ist, die wahrscheinlich Schwierigkeiten bei der Rückzahlung von Krediten haben werden.

Viele der in Hongkong ansässigen Banken, die aufgrund ihres hohen Engagements in der Volksrepublik - ernstzunehmende Quellen schätzen dieses auf 5-7 Mrd. US\$ - aus eigenem Überlebenstrieb an einer finanzkräftigen und gut funktionierenden chinesischen Wirtschaft interessiert sind, helfen zur Zeit soweit wie möglich nur mit kurzfristigen Mitteln zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen aus.

Wie aus eingeweihten Kreisen zu erfahren war, sollen Mitte Juli 1989 einzig südkoreanische und thailändische Banken eine grundsätzliche Bereitschaft gezeigt haben, gegen den Strom zu schwimmen und der Volksrepublik, allerdings möglichst unter der Hand, neue Kredite zu gewähren. Während es den Koreanern offensichtlich darum geht, die Gelegenheit zu nutzen, um die harte japanische Konkurrenz auszustechen, sind bei den thailändischen Banken in erster Linie handfeste und pragmatische Gewinnüberlegungen im Spiel. Denn nach den jüngsten politischen Vorgängen in der Volksrepublik

wird das Land für neue Darlehen mehr als bislang - Experten schätzen bis zu 1% - zu zahlen haben. (NZZ, 18. u. 19.7.89; XNA, 5.8.89; AWSJ, 14. u. 29.7.89) -lou-

\*(27)

#### VW baut Produktion in China aus

Das deutsch-chinesische Gemeinschaftsunternehmen Shanghai-Volkswagen will seine Produktion erweitern. Wie die chinesische Zeitung *China Daily* berichtete, wurde bei einem Treffen der Geschäftsführung festgelegt, daß beide Partner ihre Gewinnanteile von 1988 zugunsten einer Erhöhung des lokalen Fertigungsanteils und größerer Produktionskapazitäten re-investieren. Außerdem sei der Plan für die zweite Erweiterungsphase (ab 1993) des seit 1985 produzierenden Werkes geprüft worden.

Geplant sei, das Design des Typs Santana zu ändern und ein neues Modell des Typs Variant einzuführen. Dazu werde eine neue Fabrikanlage gebaut. Auch soll die Produktionskapazität in der zweiten Phase von jährlich 30.000 auf 100.000 Autos erhöht werden.

Wie *China Daily* weiter meldete, soll in Shanghai ein modern ausgerüstetes technisches Entwicklungszentrum eingerichtet werden, wo Personal trainiert und Design- und Planungsstrategien entwickelt werden können. Ziel des Gemeinschaftsunternehmens war es von Anfang an, gut ausgebildetes chinesisches Personal zu beschäftigen und bei der Produktion mit chinesischen Zulieferfirmen zusammenzuarbeiten. Bereits am 2. Januar 1990 soll ein VW-eigenes Motorenwerk in Betrieb gehen.

Die Entscheidung des Volkswagenwerkes wurde von Elmar Piero, Vorsitzender der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, scharf kritisiert. Es sei schon schlimm genug, wengleich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten verständlich, daß begonnene Projekte fortgeführt werden. Nicht akzeptabel sei jedoch das zusätzliche Engagement. Damit werde der Anschein einer "üblen Geschäftemacherei" erweckt. Es müsse alles getan werden, um "eine Verbindung von Wirtschaftsaktivitäten und Menschenrechten zu erreichen", sagte Piero vor Journalisten. (FAZ, 8.7.89; SZ, 14.7.89) -lou-

\*(28)

#### US-Exportstopp für militärische Produkte; Boeing liefert

Seit der Verhängung begrenzter Exportverbote durch den amerikanischen Präsidenten George Bush am 5. Juni 1989 halten die USA chinesische Bestellungen im Wert von mehreren hundert Millionen Dollar zurück. Der Exportboykott betrifft vor allem etwa 300 Produkte, die im engeren oder weiteren Sinne als militärisch relevant gelten.

Das Washingtoner Außenministerium spricht offiziell zwar nur von gestoppten Lieferungen im Volumen von 200 Mio. US\$, aber damit wird nur ein Teil der vorläufig ausgesetzten Exporte erfaßt. Die von Bush angeordneten Ausfuhrverbote könnten sich mithin als wesentlich effizienter erweisen, als vom Kongreß in der vergangenen Woche angenommen wurde. Das Repräsentantenhaus hatte eine zusätzliche Reduzierung amerikanischer Exporte in die Volksrepublik beschlossen.

Zu den von Bushs Exportverboten betroffenen Geräten gehören auch sechs Militärhubschrauber von Boeing für die chinesische Armee, deren Ausfuhr offiziell aber noch nicht genehmigt war, und zwei Telekommunikations-satelliten, die von der Hughes Aircraft Co. für die australische Gesellschaft Aussat produziert wurden. Sie sollten 1991 und 1992 vom chinesischen Raketenzentrum Xichang in den Weltraum geschossen werden.

China hat die europäischen und amerikanischen Preise für den Start beider Satelliten um 100 Mio. US\$ unterboten. Auf der Liste des Außenministeriums dürften die Satelliten allein 90% des Wertes der angehaltenen Güter von 200 Mio. US\$ ausmachen.

Aussat, die im Besitz der australischen Regierung ist, und Boeing bemühen sich um eine Ausnahmelizenz, um ihre Liefer- und Vertragsverpflichtungen gegenüber China erfüllen zu können. Außenminister James Baker hatte sich die Entscheidung in diesen Fällen bisher selbst vorbehalten. Falls jedoch die vom Repräsentantenhaus bereits verabschiedeten schärferen Sanktionen Gesetzeskraft erlangen, würde die letzte Entscheidung wieder bei Präsident Bush liegen.

Die USA hielten auch Geldausgabemaschinen, die von Banken in Shanghai bestellt worden waren, zurück. Sie

fallen zwar nicht unter militärisches Gerät, enthalten aber elektronische Kodierausrüstungen. Diese könnten ausgebaut und militärisch eingesetzt werden.

Hinsichtlich der Lieferung von vier zivilen Flugzeugen von Boeing an die Volksrepublik erteilte die amerikanische Regierung eine Sondergenehmigung. Diese Sondergenehmigung war notwendig geworden, weil das Navigationssystem der Flugzeuge auf der Liste derjenigen Güter steht, die als Sanktion gegen die blutige Unterdrückung des Volksaufstandes nicht mehr nach China exportiert werden sollen. Der tatsächliche Preis der Maschinen übertrifft mit jeweils 48 Mio. US\$ den Wert der Navigationsgeräte um ein Vielfaches.

Ein Sprecher des Außenministeriums begründete die Sondergenehmigung damit, daß die Navigationssysteme in den Boeing-Flugzeugen rein zivilen Zwecken dienen. Wenn amerikanische Unternehmen am Verkauf von Flugzeugen nach China gehindert würden, träten Flugzeugproduzenten aus anderen Ländern an ihre Stelle.

Boeing hat aus der Volksrepublik bereits Aufträge für sieben weitere Flugzeuge. Die Volksrepublik hatte vor kurzem angekündigt, in den kommenden vier Jahren 90 Passagierflugzeuge kaufen zu wollen. Wie zu hören war, hat auch der Flugzeugproduzent McDonnell Douglas eine Genehmigung zum Export von Navigationssystemen beantragt. In einem gemeinsamen Unternehmen mit den Chinesen baut McDonnell Douglas Flugzeuge in Shanghai. Einige amerikanische Kongreßabgeordnete haben die amerikanische Regierung für die Erteilung der Sondergenehmigung kritisiert. Anstatt der eigenen Industrie eine Sondergenehmigung zu erteilen, hätte die amerikanische Regierung versuchen sollen, die ausländischen Flugzeugproduzenten ebenfalls zu einem Stopp der Exporte nach China zu bewegen, so wurde argumentiert. Die Lockerung der Sanktionen gebe den Machthabern in Beijing "ein falsches Signal". (HB, 4.7.89; FAZ, 10.7.89) -lou-

\*(29)

#### Amerikanisches Unternehmen pachtet Grund und Boden in China

In Hongkong wurde Mitte Juli 1989 ein Vertrag zwischen einer chinesischen Gesellschaft und der US-amerikanischen Concord Camera Corporation

unterzeichnet, nach dem das amerikanische Unternehmen 5.500 ha im Kreis Bao'an in der Provinz Guangdong least. Das Gelände soll für kommerzielle und industrielle Zwecke genutzt werden; nach dem Vertrag kann die amerikanische Gesellschaft das Land an Dritte weiterverpachten.

Die chinesische Gesellschaft ist die Heng Gang Economic Development Corp. aus dem Kreis Bao'an. Bao'an liegt nicht weit von Shenzhen, der größten Sonderwirtschaftszone der Volksrepublik, entfernt.

Auf einer Pressekonferenz in Hongkong teilte das amerikanische Unternehmen mit, es würde Grundstücke zum Zwecke der Produktion weiterverpachten und Unternehmen in der ganzen Welt, die von den niedrigen Herstellungs- und Arbeitskosten in China profitieren wollten, Arbeitskräfte zur Verfügung stellen, unter der Voraussetzung, daß die Unternehmen die Umweltrichtlinien des Kreises einhalten würden. Der Vorsitzende des amerikanischen Unternehmens erklärte, er glaube, daß viele Unternehmen von der Qualitätsarbeit, den günstigen Gebühren und den niedrigen Arbeitskosten Gebrauch machen würden.

Bei dem amerikanischen Unternehmen handelt es sich um einen führenden Hersteller von Kameras. 1983 gründete es in Bao'an eine Fabrik zur Herstellung von Kameras. Das amerikanische Unternehmen hat in den letzten fünf Jahren gute Beziehungen zur lokalen Regierung hergestellt. (XNA, 19.7.89) -lou-

#### \*(30) Frankreich friert Chinakredit ein

Nach einer Empfehlung des Weltwirtschaftsgipfels hat Frankreich einen Kredit über 830 Mio.FF (umgerechnet 253 Mio.DM) an die Volksrepublik China eingefroren. Der Vertrag über diesen Kredit war schon Ende April 1989 unterzeichnet worden, aber damals nicht bekanntgegeben worden.

Die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua sorgte mit einer Nachricht über diesen Kredit kurz vor der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Gruppe der 7 für eine politische Überraschung. Denn das französische Finanzministerium bestätigte während des Gipfels den Kreditvertrag. Die französischen Industrieunternehmen,

die mit Projekten in China schon engagiert sind, hatten nicht vor, ihre Arbeiten in China einzustellen. Sie machten geltend, daß sie ihre Verträge nicht mit der Regierung in Beijing, sondern mit verschiedenen Städten und Provinzen abgeschlossen hätten.

So bauen die Framatome S.A. und die Spie-Batignolles S.A., beide Paris, in der Bucht von Daya ein Kernkraftwerk. Außerdem richtet die CIT Alcatel S.A., Paris, in China Telefonzentralen ein, während die PSA Peugeot, Paris, in Guangdong ein Autowerk baut.

Die Meldung der chinesischen Nachrichtenagentur führte in Paris zu Protesten. Daraufhin fror die staatliche Crédit National, die den Kredit an die Bank of China vergeben wollte, den Kredit ein. (HB, 19.7.89; SZ, 20.7.89) -lou-

#### \*(31) Außenhandelsstrategie

Prof. Ji Chongwei, Vorstandsmitglied des Forschungszentrums des Staatsrats für wirtschaftliche, technische und soziale Entwicklung, machte in der *Beijing Rundschau* Angaben zur künftigen Strategie der chinesischen Außenwirtschaft.

Bei der Ausarbeitung der Strategie für Außenwirtschaft und Außenhandel richte China seine Aufmerksamkeit auf die Entwicklung der arbeitsintensiven Betriebe. Dabei werde es besondere Anstrengungen unternehmen, um einen Teil solcher Produktionen z.B. aus Japan, Hongkong, Taiwan und Südkorea auf das Festland zu holen. Gleichzeitig müsse der Anteil von Erzeugnissen höheren Anspruchs in den arbeitsintensiven Betrieben vergrößert werden, um mehr Fachkräfte einsetzen zu können. Mit Hilfe des technischen Fortschritts werde China mehr Fertigprodukte anstatt Rohstoffe und Zwischenprodukte exportieren.

Zum Ausbau des Exports habe China folgende Maßnahmen getroffen:

- Der Export von Erzeugnissen der Leicht-, Textil-, Nahrungsmittel- und Chemieindustrie sowie von Medikamenten und Baumaterialien müsse weiter gefördert werden; um dem zunehmenden Konsumtionsniveau in der Welt zu entsprechen, müßten die Sortimente erweitert, die Güteklassen erhöht und die Verpackung verbessert werden.

- Den Export von Maschinen und elektronischen Waren, elektronischen Haushaltsgeräten und langlebigen Konsumgütern gelte es schwerpunktmäßig zu beschleunigen. Als erstes könne man mit der Produktion von Einzelteilen, mancher Maschinen und Anlagen beginnen, die relativ mehr Arbeitskräfte benötigen, und dann Schritt für Schritt die ganzen Maschinen oder Anlagen exportieren.

- Einen bedeutenden Platz müßten die Betriebe für Hochtechnologien einnehmen. In Zukunft würden Fachleute zur Lösung der Schlüsselaufgaben auf den Gebieten Nachrichtentechnik, optische Kommunikation, Luftfahrt- und Weltraumforschung, Biotechnik, Supraleiter usw. organisiert und ausländische Errungenschaften in diesen Bereich übernommen. Außerdem müßten Fachleute mit ausländischen Betrieben und Unternehmen sowie Forschungsinstitutionen zusammenarbeiten. Zunächst bemühe sich China um die Deckung des Bedarfs an High-Tech auf dem Binnenmarkt und dann um den Export von Hochtechnologieprodukten.

- Die Produktion von Agrar- und Nebenprodukten, wofür im ganzen Lande gute Voraussetzungen bestünden, müsse gesteigert werden. China müsse sich mit Getreide selbst versorgen, könne davon kaum etwas exportieren, sondern müsse jährlich noch eine Menge einführen. Es könne aber mehr Seide, Jute, Tee, Fleisch, Felle, Daunen, Schweineborsten, Wasserprodukte, Obst usw. ins Ausland liefern. Deshalb sei bereits eine Reihe von Exportbasen gegründet worden.

Eine Zeitlang habe China zuviele Zigaretten, Getränke, elektrische Haushaltsgeräte, Luxusautos und andere hochwertige Konsumgüter sowie gleiche technische Anlagen zum wiederholten Male eingeführt. Der Import, insbesondere der hochwertiger Konsumgüter, müsse einer strengen Kontrolle unterliegen. Die Einfuhr wichtiger Anlagen und Technologien müsse von den betreffenden Betrieben und den zuständigen Organen gemeinsam festgelegt werden.

Aus Mangel an Finanzmitteln habe China große Aufmerksamkeit auf die Nutzung ausländischen Kapitals gelegt. In den letzten 10 Jahren umfaßte die Summe 40 Mrd.US\$, darunter 30 Mrd.US\$ als Kredite. Die Investitionen

ausländischer Geschäftsleute betragen 11 Mrd. US\$. Hinsichtlich der Auslandsschulden habe China die folgende Richtlinie formuliert: Strenge Kontrolle, Aufmerksamkeit für wirtschaftliche Effizienz und Zahlungsfähigkeit.

Für ausländische Investoren solle ein besseres Umfeld geschaffen werden. In den vergangenen Jahren habe China soviel ausländische Investitionen für den Dienstleistungsbereich, besonders für die touristischen Einrichtungen, verwendet, aber dies sei bereits verändert.

Immer mehr ausländische Geldmittel flößen heute zunehmend in den Bau der Betriebe, die für den Export bestimmt seien oder die auf dem Binnenmarkt benötigte Waren produzieren, um Importe zu ersetzen.

Es habe erste Erfolge gegeben. Die von Betrieben mit ausländischer Investition erwirtschafteten Devisen seien von 800 Mio. US\$ 1986 auf 2,4 Mrd. US\$ gestiegen. Eine Hälfte davon stamme aus dem Export von Maschinen und elektronischen Geräten. Solche Betriebe hätten in der Automobilindustrie, für die Produktion von Fahrstühlen, automatischen Meßinstrumenten, Flachglas, Arzneimittel usw. größere Fortschritte gemacht.

Bis jetzt betrage die Gesamtfläche aller geöffneten Gebiete 320.000 qkm, in denen 200 Mio. Menschen lebten.

Die chinesische Regierung habe Anfang 1988 die Strategie zur Entwicklung der Wirtschaft in den Küstengebieten entwickelt. Man ging davon aus, daß die Bedingungen für die Investoren hier besser als in anderen Landesteilen und die Arbeitskräfte hier qualifiziert und billiger seien. Aufgrund dieser Strategie wurden inzwischen in einigen Bereichen konkretere Maßnahmen getroffen. Mitte Juli kündigte das Ministerium für außenwirtschaftliche Beziehungen erste Maßnahmen an, um künftig die Importe zu drosseln und das in den letzten Monaten stark angewachsene Außenhandelsdefizit einzudämmen. Im einzelnen gehe es darum, die Importtätigkeit wieder ganz auf einige wenige staatliche Unternehmen zu konzentrieren und die von Zhao Ziyang geförderte Dezentralisierung der politischen und wirtschaftlichen Macht rückgängig zu machen.

Wie das Ministerium mitteilte, können 13 für die chinesische Wirtschaft unerläßliche Produkte, nämlich Getreide, Stahl, Zucker, Rohöl und raffiniertes Erdöl, Düngemittel, Kautschuk, Holz, Polyesterfasern, Tabak, Baumwolle und Pestizide, ab sofort nur noch jeweils von einer einzigen staatlichen Handelsfirma eingeführt werden. Eine zweite Gruppe von wirtschaftlich weniger essentiellen Produkten, wie Wolle, Holz, Papier, Chemikalien und Fernrohre, werde ebenfalls strengeren Einfuhrbestimmungen unterstellt. Gleichzeitig gab die Behörde bekannt, daß sie auch den Import von Konsumgütern zu dämpfen beabsichtige.

Wie das Ministerium weiter ausführte, solle auf diese Weise der bisher zwischen verschiedenen chinesischen Importunternehmen geführte Konkurrenzkampf, der nach Ansicht der Behörde zu einer Verteuerung vieler Einfuhrprodukte führte, gestoppt und durch ein zentrales Festpreisverfahren abgelöst werden.

Die Zahl der chinesischen Unternehmen mit Außenhandelsrechten soll drastisch reduziert werden. Diese Maßnahme sei notwendig, da mindestens 2.000 der rd. 5.000 Außenhandelsgesellschaften "unqualifiziert" seien.

Ein Sprecher des Außenhandelsministeriums teilte mit, sowohl ausländische als auch chinesische Geschäftsleute hätten sich mehr und mehr über "die geringe Qualität" der durch diese Unternehmen exportierten Waren beschwert. Hinzu komme, daß der Prozentsatz der von ihnen abgeschlossenen Verträge mit ausländischen Unternehmen "sehr gering sei". Bereits geschlossene Verträge dieser Unternehmen mit ausländischen Partnern sollten allerdings "auf jeden Fall" eingehalten werden. (BRu, Nr.31, 1.8.89, S.31ff.; NfA, 28.7.89; NZZ, 20.7.89) -lou-

\*(32)

#### Anhaltende Schwierigkeiten im Tourismusgeschäft

Die jüngsten politischen Unruhen haben nicht nur den Zustrom ausländischer Kapitalien und Kredite gestoppt, sondern auch zu einem abrupten Rückgang des internationalen Tourismus in der Volksrepublik geführt. Beijinger führende Hotels stehen immer

noch fast leer. Die chinesische Tourismusindustrie muß gegen ernste Schwierigkeiten ankämpfen. Wie aus chinesischen Fachkreisen zu erfahren war, werden weiterhin Flugbuchungen und Hotelreservierungen aus der ganzen Welt rückgängig gemacht. Unzählige chinesische Touristenführer müssen wegen des Kundenmangels als Gelegenheitsarbeiter ein Auskommen finden, und auch die meisten Flugzeuge treffen in der Volksrepublik weiterhin halb- bis fast ganz leer ein.

In normalen Zeiten gelten die Monate Mai bis Juli als touristische Hochsaison, und die Hotels erfreuen sich einer fast 90%igen Auslastungsquote. Der Geschäftsrückgang ist so stark, daß man sich bei Chinas offizieller Tourismusbehörde, der National Tourism Authority (NTA), keine Illusionen mehr macht. Die Behörde gesteht offen ein, daß sie im laufenden Jahr mit Sicherheit ihr Ziel, 4,6 Mio. Reisende aus dem Ausland zu empfangen und 2,6 Mrd. US\$ aus dem Tourismus einzunehmen, verfehlen wird. Wie ein NTA-Sprecher darstellte, geht es der Volksrepublik nun darum, das Terrain für 1990 vorzubereiten und sicherzustellen, daß die derzeitigen Rückschläge sich nicht im kommenden Jahr wiederholen.

Der scharfe Rückgang der Besucherzahlen ließ auch in der chinesischen Hotelindustrie erstmals ernste finanzielle Engpässe aufkommen. Wie aus informierten Kreisen zu erfahren war, sollen einzelne neuere Hotels in China, deren durchschnittliche Auslastung in den letzten Wochen teilweise sogar unter 20% lag, zur Zeit nicht in der Lage sein, ihre Schulden termingerecht abzutragen und fällige Darlehenszinsen zu zahlen. Noch handelt es sich um Einzelfälle, doch in Bankenkreisen schließt man die Möglichkeit nicht aus, daß sich dieses Problem in den kommenden Wochen landesweit ausbreiten und somit zuspitzen wird. Wie Fachleute betonen, dienten rund die Hälfte aller kommerziellen Darlehen, die China in den letzten Jahren im Ausland aufnahm, dem Bau von Hotels und anderen Tourismuseinrichtungen. Zwar waren die Belegungsraten der meisten Hotels im Juli wieder angestiegen, die höchste Belegungsrate lag jedoch wohl bei nur 50%. Mit Ausnahme des Great Wall-Hotels, dessen Belegungsrate im Juli 1989 im Vergleich zum Vormonat stabil blieb, gab es in den meisten anderen Hotels ein leichtes Wachstum hinsichtlich der

Gäste. Das Palast-Hotel, dessen ausländische und einheimische Angestellte auch während des Monats Juni ihren Dienst versahen, konnte auch während dieses chaotischen Monats eine Belegungsrate von 50% erreichen.

884 ausländische Angestellte der 18 Joint Venture-Hotels in Beijing hatten im Juni 1989 die Stadt verlassen; ca. 90% waren jedoch bis Anfang Juli auf ihre Posten zurückgekehrt.

Beijing will seine Tourismusindustrie einer Reform unterziehen, die Qualität der Dienstleistungen verbessern, das Umfeld für den Tourismus verbessern und die Interessen der Besucher schützen. Die Umgestaltung wird in Reiseagenturen, Hotels, Restaurants sowie Geschäften für Touristen, in Taxigesellschaften und Tourismusorten durchgeführt werden. Wie der Chef des Beijinger Tourismusamtes mitteilte, gibt es auf dem Beijinger Tourismusmarkt verschiedene Probleme, die die Reputation und die Qualität der Dienstleistungen beeinträchtigen.

In den letzten Jahren sei die Anzahl der Reiseagenturen in Beijing schnell angestiegen. Es gebe im Stadtbereich von Beijing nun 79 Reiseagenturen, die ausländische Touristen empfangen. Die Angestellten einiger Agenturen seien für ihre Arbeit nicht qualifiziert, einige Reiseführer tauschen illegal Geld bei ausländischen Touristen und verkaufen es wieder mit Gewinn. Bei Reiseführern ist es üblich, Verkaufskommissionen und Trinkgelder zu fordern. Des weiteren fordern einige Taxifahrer überhöhte Fahrpreise, eine Anzahl von Touristenorten seien schmutzig.

Die Geschäftslizenzen von Hotels, die nicht dem Standard entsprechen, würden entzogen werden. Jene, die Verkaufskommissionen, Trinkgelder sowie höhere Taxipreise forderten, würden sofort entlassen werden, wenn ihre Taten entdeckt würden. Das Tourismusamt wird die Namen dieser Leute bekanntmachen, so daß sie in anderen Reiseagenturen oder Taxiunternehmen keine Beschäftigung finden können.

Beijing wird seine ca. 300 Hotels inspizieren, die die Erlaubnis haben, ausländische Touristen aufzunehmen. Hotels, die nicht qualifiziert seien, würde die Genehmigung entzogen, Ausländer aufzunehmen. Einige Telefonanschlüsse,

bei denen man Beschwerden melden könne, seien vorhanden, an die Ausländer würden auch Beurteilungskarten ausgegeben, so daß man mit Problemen schnell fertig werden könne. Alle im Dienstleistungsbereich der Beijinger Tourismuseinheiten Tätigen werden eine Berufsausbildung erhalten.

In den ersten vier Monaten des Jahres 1989 konnte Beijing ca. 300.000 ausländische Touristen empfangen, 6% mehr als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Von Mai bis Juni 1989 sank die Zahl der ausländischen Touristen drastisch, und zwar wegen der politischen Unruhen. (NZZ, 28.7.89; XNA, 2. u. 3.8.89) -lou-

---

## Binnenwirtschaft

---

### \*(33) Schwierige Wirtschaftsentwicklung für das 2. Halbjahr 1989 prognostiziert

Die geringe Effizienz der staatseigenen Industrieunternehmen wird die chinesische Wirtschaft auch im 2. Halbjahr 1989 in große Schwierigkeiten bringen. In einem in der Wirtschaftsbeilage *Business Weekly* der *China Daily* abgedruckten Interview betonte ein hoher Kader der Zentralen Wirtschaftskommission, der ungenannt bleiben wollte, die "schwachen" wirtschaftlichen Ergebnisse der Staatsbetriebe, die bereits im 1. Halbjahr 1989 zu großen Problemen für die Wirtschaft des Landes geführt hätten, seien trotz verschiedener Maßnahmen nicht zu korrigieren. Nach am Anfang des Jahres festgelegten Richtlinien sollten die Staatsunternehmen ihre Verluste um 25% verringern. Statt dessen seien die Verluste auf 6,87 Mrd.Y allein im ersten Halbjahr angestiegen, eine Summe, die die Gesamtverluste des vergangenen Jahres sogar noch übersteige.

In einem Halbjahresbericht des Zentralen Statistischen Amtes wurden vor allem die unverhältnismäßig hohen Preissteigerungen bei Rohmaterial als Grund für die Misere der Industriebetriebe angegeben. Die Kosten lagen demnach allein in den ersten drei Monaten 1989 um 24% höher als im Ver-

gleichszeitraum des Vorjahres. Den Unternehmen sei es auch nicht gelungen, die Produktionskosten niedriger zu halten. Sie seien im Vergleich zum Vorjahr um 18,6% gestiegen und stellten damit einen "Rekord" in den vergangenen Jahren dar.

Nach Angaben des Wirtschaftskaders seien die Hauptverluste in der staatlichen Kohle- und Ölindustrie, neuerdings aber auch in der Tabakindustrie zu verzeichnen. Dies hätte auch "politisch bedingte" Gründe. Die staatlichen Unternehmen hätten "wenig zu sagen" und würden bei Entscheidungen nicht gehört. Dies führe zu schlechten "Managementqualitäten" dieser Betriebe. Schließlich sei die Kohle- und Ölindustrie auf hohe Investitionen angewiesen, um ihre Kapazitäten zu entwickeln. "Die Regierung hat aber in den vergangenen Jahren ihre Investitionen verringert", fügte der Wirtschaftskader hinzu.

Ein weiterer Faktor für die hohen Verluste im 1. Halbjahr dürften die sprunghaft angestiegenen Produktionsausfälle während der jüngsten Unruhen sein. Ein Sprecher des Statistischen Amtes bezifferte die Verluste in der industriellen Produktion im Mai und Juni 1989 landesweit mit 3 Mrd.Y. Allein in der Beijinger Industrie hätten die Verluste im Juni 1989 bei 800 Mio.Y gelegen. (China Daily, 23.7.89) -lou-

### \*(34) Steuerschraube für Privatunternehmen wird angezogen

Am 1. August 1989 wurde an den schwarzen Brettern im ganzen Lande eine Ankündigung der Regierung angeschlagen, daß mit einer Verschärfung der Besteuerung für den prosperierenden privaten Sektor zu rechnen sei. Auf einer Pressekonferenz in Beijing erklärte Jin Xing, der Direktor der Zentralen Verwaltung für die Besteuerung, daß in einer zweimonatigen Kampagne beabsichtigt sei, die insgesamt 14,5 Mio. Privatbetriebe auf Steuerhinterziehung hin zu untersuchen. Jin erklärte, daß Steuerhinterziehung ein allfälliges Problem im Privatsektor der Wirtschaft sei, der insgesamt 23 Mio. Menschen beschäftige. Ca. 70-80% der Betriebe seien an der Steuerhinterziehung beteiligt.